

die Heinrich-Böll-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung ebenso wie die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Naumann-Stiftung. Aber auch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen für politische Bildung haben in den vergangenen Jahren diesen Initiativen oder Personen immer wieder ein großes Podium eröffnet. Dagegen wurde von akademischer Seite oftmals versucht, mit dem Hinweis auf mangelnde Professionalität diesen Initiativen deren Wissenschaftlichkeit abzusprechen und deren Arbeiten als Ergebnis von politisch-moralisch rigorosen Standpunkten geprägt abzuqualifizieren. Meines Erachtens in erster Linie, um einer substantiellen Auseinandersetzung von vornherein aus dem Wege gehen zu können. Statt dessen wurde die Zusammenarbeit mit ehemaligen SED-Historikern gesucht, die versuchten, an die wissenschaftstheoretischen Positionen im Westen zu kommen und bereit waren, um des eigenen Überlebens willens, diese bedingungslos zu akzeptieren. Innovatives Denken ist von diesen Historikern nur begrenzt zu erwarten gewesen, und es ist auch so gekommen, es ist nur begrenzt eingetroffen. Tatsächliche Innovation kann meines Erachtens aufgrund der nunmehr reduzierten Mittel kaum stattfinden. Das stärkt eindeutig die hierarchisch gegliederte akademische Forschung. Man muß sich vorstellen, natürlich hat ein Professor mehr Macht, wenn er über die knappen Mittel verfügt und natürlich auch die Institutionen entsprechend viel stärker von oben nach unten diktieren. Es ist eben sehr schwierig, für den außerakademischen Kreis überhaupt an solche Fördermittel heranzukommen.

(Zwischenrufe...)

Also das ist meines Erachtens fast unumstritten. Gefragt ist eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit; deshalb ist es notwendig, gerade im Osten Deutschlands diese außeruniversitären Initiativen finanziell zu unterstützen. Für die akademische Forschung sind genügend Mittel zur Verfügung gestellt worden in den letzten Jahren. Es geht jetzt darum, deren Verteilung transparenter zu machen und vor allen Dingen die Kriterien dafür. Inhaltlich müßte noch viel stärker empirisch argumentiert werden, um den jeweiligen theoretischen oder methodischen Ansatz zu exemplifizieren. Es darf nicht bei Absichtserklärungen bleiben. Es ist deutlich geworden, daß das vorhandene theoretische Instrumentarium nicht ausreicht, und ich glaube da sind sich alle einig, um entscheidend die Forschung voranzubringen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Armin Mitter. Tatsächlich bist Du unterhalb der Zeitvorgabe geblieben. Ich möchte die Diskussion damit eröffnen, daß ich den letzten Gedanken von Herrn Mitter noch einmal aufgreife, mit einer ergänzenden Anregung. Es ist sicherlich richtig, daß hier zwei verschiedene Welten sich mit der DDR-Vergangenheit je nach ihrer Profession oder ihrer Betroffenheit beschäftigt haben. Wenn wir daraus Folgerungen ziehen wollen, Armin, denke ich, und darüber sollte man diskutieren, ob man sie nicht auseinanderdividiert, sondern ihnen versucht, den Weg zu ebnen, aufeinander zuzugehen. Ich kann mir vorstellen, eine akademische Forschung kann sehr wohl auf diese Initiativen zurückgreifen, die wie-

derum durch diese Kooperation ihre Arbeit effektivieren könnten. Aber ich eröffne hiermit die Diskussion. Zunächst Markus Meckel bitte.

Abg. Markus Meckel (SPD): Der Punkt, den ich ansprechen möchte, geht unmittelbar auf diese Fragestellung ein. Wir sehen ja, daß es ein durchaus kompliziertes Verhältnis gibt von historischer Forschung und öffentlichem Diskurs. Dies muß nicht so sein, aber genau so klar ist, daß historische Forschung auch den öffentlichen Diskurs mitbestimmt und manchmal durch nichthistorische, z. B. künstlerische oder andere mediale Ereignisse zurückgeworfen wird auf die Frage: was bringt die historische Forschung? Ich denke etwa an die Wehrmachtsausstellung und die Bewertung von Widerstand im Nationalsozialismus. Wenn ich mir das Selbstverständnis der deutschen, der westdeutschen Gesellschaft der 50er Jahre ansehe, dann war jemand, der Emigrant war, Willy Brandt oder andere, oder jemand der im Widerstand war, durchaus noch eher im Geruch des Verräters, während man heute so tut, als wäre z. B. die Geschichte des 20. Juli die geistige Grundlage der Bundesrepublik Deutschland. Wenn ich das feststelle, wird deutlich, daß im Laufe der Zeit durch historische Forschung, durch Beschäftigung mit Geschichte sich ein gesellschaftliches Selbstverständnis herstellt und natürlich auch verändert. Dies wird auch hier der Fall sein, wenn es um die Bewertung der zweiten deutschen Diktatur in diesem Jahrhundert geht. Und hier haben wir ja die Situation, daß Ost- und Westdeutsche sehr unterschiedliche Zugangsweisen dazu haben, was nicht heißt, daß die Ostdeutschen besonders engagiert in der Aufarbeitung wären und die anderen gleichgültig, sondern die Fragen sind, glaube ich, auch da sehr viel verschlungener. Ich möchte fragen, wo sehen Sie besondere Herausforderungen für die historische Forschung, aber auch für die politische Bildung und Öffentlichkeit, um ein Selbstverständnis unserer Gesellschaft zu erreichen, das den Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, gewachsen ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine erste Frage richtet sich an Manfred Wilke. Es ist eher eine Bemerkung, vielleicht eine ziemlich spezielle Angelegenheit, aber sie hat eben auch etwas mit dem Punkt zu tun, den ich vorhin einmal in meinem eigenen Vortrag angedeutet habe: Inwiefern nimmt man eigentlich bei seinem eigenen Projekt auch die erschienene Forschungsliteratur zur Kenntnis? Das hat natürlich auch etwas mit der ganzen Projektvorstellerei zu tun, die ja beileibe kein Lieblingskind der DDR-Forschung ist, sondern bei jeder Wissenschaft dazugehört, mit dem ständigen „Säbelrasseln“, um Kohle abzufassen, wo dann am Ende in der Regel nicht ganz so viel dabei rauskommt. Deswegen interessiert es mich einfach. Ich habe die Sache mit Überraschung aufgefaßt, daß an Eurem Forschungsverbund ein großes Projekt läuft zum Vergleich des Neuen Kurses in Ungarn und der DDR, in der CSSR gibt es auch den Neuen Kurs, und daß Ihr zu dem Zwischenergebnis gekommen seid, daß der Neue Kurs zum Aufstand in der DDR führte. Du hast gesagt, daß der Neue Kurs in beiden Staaten praktisch zum Aufstand führte, was für Ungarn in

der zeitlichen Verzögerung von drei Jahren durchaus zutreffen mag, für die DDR trifft das nicht zu. Also da hätte ich ganz gerne noch einmal eine Äußerung dazu, inwiefern das kompatibel ist mit neuesten Forschungsergebnissen aus ganz unterschiedlichen Richtungen.

Die zweite Frage richtet sich nun an alle Teilnehmer im Podium und sie schließt an die Bemerkung von Armin Mitter an. Einerseits frage ich die drei Vertreter von den mehr oder weniger größeren Institutionen, andererseits aber auch Mitter als Vertreter eines kleinen Verbandes: Wie könnte denn so eine Kooperation zwischen den Institutionen und diesen unabhängigen Aufarbeitungsinitiativen in der Realität aussehen? Welche Schritte könnten Sie sich vorstellen, dabei selbst zu machen? Inwiefern könnten Sie sich vorstellen, auf die Aufarbeitungsinitiativen zuzugehen? Welche Anforderungen hätten Sie dabei?

Eine andere Frage, die sich da anschließt, ist noch stärker an Herrn Mitter gerichtet. Was kannst Du Dir vorstellen, könnten die Aufarbeitungsinitiativen der akademischen Forschung für Impulse verleihen?

Schließlich noch eine letzte Bemerkung für das Protokoll, weil jetzt eine ganze Menge von Institutionen genannt worden sind, die sich verdient gemacht haben bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Man sollte nicht vergessen, gerade angesichts der Tatsache, daß wir auch zwei Landesbeauftragte hier im Raum zu sitzen haben, daß die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eine ziemlich entscheidende Rolle in den letzten Jahren gespielt haben.

(**Zwischenruf** Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Das ist der Abend der roten Ohren!)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Ilko Kowalczuk, Hermann Weber bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich möchte eine Frage beantworten, die mir vorhin Stephan Hilsberg stellte und die eine ganz zentrale Frage ist. Herr Kowalczuk hat es eben so ein bißchen mit „Kohle abholen“ bezeichnet. Forschung kann nun einmal ohne Geld nicht auskommen. Und, Herr Mitter, wir sind ja häufig einer Meinung, glauben Sie nicht, daß, wenn das Geld knapp wird, plötzlich die Etablierten mehr Macht haben. Wenn sie niemand mehr anstellen können, weil sie kein Geld mehr haben, dann sind sie auf sich selber angewiesen. Mir macht es nicht viel aus, anderen vielleicht mehr. Also ganz so einfach ist es nicht. Die Frage wäre schon in der Tat, vor allem auch an die zwei größeren Institutionen, wie auch an Herrn Heydemann. Wie schätzen Sie denn konkret in Ihren Bereichen die Finanzlage ein? Die zweite Frage: Mir scheint, daß nach wie vor bei der Beurteilung der SED-Diktatur eine ganz wichtige Rolle spielt, wie groß der Spielraum dieser Diktatur im Rahmen des Weltkommunismus, genauer gesagt eben der Moskauer Vorherrschaft, gewesen ist. Sehen Sie, daß da irgendwo sich etwas tun kann, auch in Ihren Bereichen, daß Forschungen in die Richtung gehen? Mir scheint das immer noch zu wenig zu sein. Natürlich gibt es dann sofort die Probleme, die Sie angeführt

haben, mit den Sprachen und Osteuropa usw. Ich denke, das wäre doch etwas, was gerade auch im Forschungsverbund, der den Apparat der SED genau geprüft hat, der andererseits die Moskauer Emigration schon einmal behandelt hat, einfach überlegenswert ist. Das Dritte wäre die Frage nach der Umsetzung. Es ist mir trotz Vorbereitung dieser Vorstellung eben doch ein bißchen fremd geblieben, ich konnte mir nur einige Schulbücher anschauen. Die Wissenschaft leistet seit sieben Jahren – mit allen Abstrichen, die wir gemacht haben –, eigentlich doch einigermaßen gute Arbeit. Wie schlägt sich das denn eigentlich in den Schulbüchern nieder? Also ich muß gestehen, ich habe in zwei, drei reingeguckt, da bin ich erschrocken. Da wurde ich, ich könnte stolz sein, zitiert, aber mit Arbeiten von anno dunnemal. Inzwischen haben wir doch nun wirklich neueres Material, genauere Fakten. Nun frage ich, gibt es Versuche, das einmal aufzuarbeiten? Natürlich wissen wir, wie schwierig das im föderalen System mit Schulbüchern ist, aber daß man doch einmal prüfen sollte, ob man mehr Anstöße geben kann. Das wäre ein ganz wichtiger Punkt genau in dem Sinne, den Markus Meckel genannt hat.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Hermann Weber. Ich möchte noch ergänzen, daß mir der Eindruck entstanden ist, daß nicht nur in den Schulbüchern, sondern auch in den Lehrveranstaltungen unserer Hochschulen dieses Thema zunehmend weniger berücksichtigt wird. Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt die Rednerliste zunächst einmal unterbrechen. Es sind noch vier Meldungen da. Wir sollten jetzt zunächst einmal Antworten einholen und dann fortsetzen. Ich beginne mit Armin Mitter, bitte.

Dr. Armin Mitter: Ich will versuchen, auf zwei ganz konkrete Dinge einzugehen. Erstens die Fragen von Herrn Kowalczuk. Was können die Aufarbeitungsinitiativen leisten und was können die Historiker leisten? Also zunächst bleibt erst einmal festzuhalten: Die Aufarbeitungsinitiativen haben genügend eigene Veranstaltungen gemacht, zu denen leider professionelle Historiker überhaupt nicht hingegangen sind. Beispielsweise in Leipzig, Herr Heydemann, hat eine große Veranstaltung des Bürgerkomitees stattgefunden, in der intensiv Quellenkritik an Stasiakten geübt wurde. Weit und breit war dort vom akademischen Mittelbau oder Hochbau niemand zu sehen. Offensichtlich hat man das nicht nötig. Man dokumentiert natürlich auch damit ganz direkt, daß man diese Leute nicht ernst nimmt. Grundsätzlich wichtig wäre erst einmal, daß man sich den Initiativen durch Anwesenheit erst einmal öffnet. Das müßte die akademische Forschung als erstes leisten. Sie sollte nicht immer sagen: „das sind unprofessionelle Historiker, die haben da irgendwie einen moralisch politischen Standpunkt und sie sind sowieso nicht ernst zu nehmen.“ Sondern man muß sich das erst einmal anhören und muß erst einmal mit ihnen reden. Diese Sperre zwischen Universität und Aufarbeitungsinitiativen müßte erst einmal überwunden werden. Das ist nicht so einfach, aber ich denke, gerade aus der Position des Hochschullehrers hat man auch die Pflicht, das zu tun, denn man lebt in relativ gesicherten Verhältnissen und diejenigen, die auf sich selbst gestellt solche Initiativen betreiben, sind oftmals ganz schön allein gelassen. Nun ist Leipzig sogar noch ein positives Beispiel, weil wir dort diese

Abteilung des Hauses für Geschichte haben, was gewisse finanzielle Möglichkeiten auch für solche Initiativen eröffnet. Für die historische Forschung ist meines Erachtens von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Initiativen-Mitglieder ja auch Zeitzeugen sind. Also es gibt ja nicht nur Egon Krenz oder Markus Wolf, sondern es gab ja auch den kleinen Mitarbeiter des kirchlichen Kreises, der ganz einsam in seinem Kirchenkreis war und der ist ja auch Zeitzeuge. Das möchte ich zu bedenken geben. Dieser einzelne in dem Kirchenkreis steht wahrscheinlich für weit mehr in der Bevölkerung als beispielsweise Egon Krenz und Markus Wolf stehen.

Das Zweite ist, daß diese Aufarbeitungsinitiativen über erhebliche Quellenmaterialien verfügen, und sie durchaus bereit sind, dies Historikern zugänglich zu machen. Aber die Historiker kommen nicht zu diesen Aufarbeitungsinitiativen. Das Material müßte klassifiziert werden, das Material müßte also mit historischem Sachverstand bearbeitet werden. Daraus könnte meines Erachtens eine Zusammenarbeit entstehen. Das wäre auch im Interesse dessen, was hier von Herrn Weber und auch von Markus Meckel angesprochen wurde. Der akademische Raum ist längst verlassen worden und es beschäftigen sich nicht nur Historiker mit DDR-Geschichte. Es hat eine ganz andere Dimension gewonnen nach 1989. Die Diskussion über methodische theoretische Fragen, die sich aus der Tatsache des Zusammenbruches 1989 ergeben hat, die hat überhaupt noch nicht begonnen. Man muß überhaupt einmal darüber nachdenken, welchen Stellenwert in der heutigen politischen Kultur von Deutschland Zeitgeschichtsforschung überhaupt hat. Das umfaßt ja nicht nur die Bereiche Akademie oder Öffentlichkeit im weitesten Sinne. In sehr hohem Maße haben ja auch Journalisten positiv wie negativ, aber eben auch positiv, betone ich, zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte beigetragen. Ich denke, daß dieses ganze Spektrum in Zusammenarbeit zwischen akademischer Forschung und Aufarbeitungsinitiativen wesentlich angestoßen werden könnte.

Was nun Herr Weber anbetrifft. Wissen Sie, Herr Weber, wir sind sicherlich in vielem einer Meinung, das ist völlig klar. Aber ich glaube, die fetten Jahre, in denen Wissenschaftler auf Geld zurückgreifen konnten, und zwar nicht zu knapp, sind vorbei. Wir, die wir ganz anders angetreten sind, unter ganz anderen Voraussetzungen historische Forschung betrieben haben, haben uns dieser Situation von Anfang an ausgesetzt gesehen. Sie wissen, man lobt ja selten seine eigenen Werke, mit Stefan Wolle zusammen haben wir eine Reihe „Forschung zur DDR-Geschichte“ gegründet. Wir waren also diejenigen, die Gelder besorgt haben, diejenigen, die redigiert haben, diejenigen, die Autoren rekrutiert haben und sie noch davon überzeugen mußten, daß sie kein Honorar bekommen, verstehen Sie? Es war ein Zwei-Mann-Betrieb mit Unterstützung einer Zeitung und eines Verlages, der im Aufbau begriffen war. Immerhin, in zwei Jahren sind acht Bände entstanden. Ich würde einmal fragen, wieviel eine akademische Einrichtung braucht, um acht Bände in zwei Jahren herauszugeben. Ich glaube schon, da sind schon einige Möglichkeiten der Rationalisierung, um die Mittel freizusetzen für wirklich empirische Forschung. An den Universitäten muß sich etwas ändern. Es ist leider so, daß erst Mangel an Geld

dieses Problem überhaupt auf die Tagesordnung gebracht hat. Herr Kowalczuk hat ja auf einige Voraussetzungen zur Erlangung vom Forschungsaufträgen hingewiesen, etwa daß man fast das halbe Buch auf den Tisch legen muß, um überhaupt Gelder zu bekommen. Das sind einfach anachronistische Zustände! Dann brauche ich kein Projekt mehr zu machen, wenn ich weiß, was rauskommt. Entweder ich schreibe drei Seiten und das ist überzeugend und ich bekomme das Geld, oder aber es ist alles sinnlos oder es stimmt irgend etwas in diesem Wissenschaftssystem nicht. Aber die Gelder, die zusätzlich zur Verfügung gestellt werden sollten, und da sind wir ja wieder einer Meinung, die sollten meines Erachtens wirklich in erster Linie den Aufarbeitungsinitiativen zugute kommen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Herr Kleßmann bitte!

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Zunächst zu der generellen Frage von Markus Meckel. Wo sind die besonderen Herausforderungen für die Forschung? Ich würde das noch ein bißchen erweitern. Mir scheint eines der Hauptprobleme zu sein, wie diese Forschung zur DDR einen breiteren Adressatenkreis überhaupt erreicht. Da würde ich die komplette Enquete-Kommission mit einbeziehen. Ich weiß einigermaßen, wovon ich rede, wenn ich jetzt von meinem alltäglichen Umfeld ausgehe. Ich wohne in einem Brandenburgischen Dorf. Da kriegt man natürlich auch so etwas mit. Das fängt an beim Diktaturbegriff. Für viele ehemalige DDR-Bürger geht die Klappe runter, wenn sie von der DDR-Diktatur hören.

(Zwischenruf...)

Zu Dr. Mitter: Ich weiß, das hörst Du nicht gerne, aber das muß man doch erst einmal zur Kenntnis nehmen! Das ist kein Quatsch, das ist leider so.

Das finde ich skandalös, aber das ist ein Stück Aufgabe für politische Bildung und da müssen wir uns einmal überlegen, wie wir das machen können. Das ist genauso gewesen in den 50er Jahren, im Verhältnis zum Nationalsozialismus. Davon wollten die nichts wissen. Das ist nun leider einmal ein großer Teil der mentalen Einstellung der Bevölkerung. Ich will das jetzt nicht quantifizieren. Im Westen interessiert das die meisten Menschen nicht. Aber im Osten wird man sehr häufig mit dieser Meinung konfrontiert. Und damit muß man umgehen. Also hier Strategien zu überlegen, wie man gerade auch die wirklich beklemmenden Ergebnisse von Detailforschung, sagen wir einmal den ganzen Stasi-Komplex usw., übermitteln kann und ein bißchen zum Umdenken beiträgt, das scheint mir ein sehr großes Problem zu sein. Dabei will ich es jetzt einmal belassen.

Zu dem anderen Problem, das Herr Kowalczuk angesprochen hat. Wie ist Kooperation mit den Aufarbeitungsinitiativen zu realisieren? Ich bin damals auf der Tagung der evangelischen Akademie in Berlin mit den Aufarbeitungsinitiativen gewesen. Vielleicht war ich der einzige, der aus den sogenannten etablierten Institutionen da war. Ich muß gestehen, das hat mich etwas er-

schreckt. Ich habe das auch deutlich gesagt: Und zwar die Berührungängste der Aufarbeitungsinitiativen gegenüber den Etablierten, aber auch untereinander. Wenn man sie anspricht, geben sie das auch zu. Das kann ich auch erklären. Mit dem Quellenmaterial hängt ein Stück persönliche Identität zusammen. Da will man nicht so gern die professionelle Forschung heran lassen. Das Motto lautet: „Die haben die Staatsknete und sie sind so distanziert“. Das gibt also Reibungsverluste. Um konkrete Strategien entwickeln zu können, muß man Berührungängste abbauen, und zwar ganz massiv. Ich denke, daß man das machen kann. Gewisse Schritte haben wir getan. Wir waren beim Havemann-Archiv und in der Umweltbibliothek. Das Havemann-Archiv hat eine Information über seine Bestände bei uns im Bulletin veröffentlicht. Wir haben gesagt, wir wollen versuchen, wenn Interesse da ist, unsere Kompetenz bei der Formulierung von Anträgen an Stiftungen mit einzubringen. Es lassen sich durchaus sinnvolle Formen der Kooperation denken. Und wenn man Stiftungsanträge macht, dann müssen die professionell sein, sonst hat man damit keine Chance. Das ist nun einmal so.

Damit komme ich zum dritten Punkt, den Herr Weber angesprochen hat. Also Herr Weber, die Finanzlage kennen Sie, da Sie bei uns Gutachter waren im ZZF in Potsdam, ganz gut. Ich will das auch gerne erläutern. Wir werden zu einem Drittel vom Land Brandenburg finanziert und zu zwei Dritteln von der DFG. Jeder, der sich mit den Stiftungsanträgen einmal herumgeschlagen hat, weiß, was das für eine Arbeit ist. Die Antragsproduktion ist heute in einem Ausmaß professionalisiert, die ich absurd finde. Nur kann ich sie nicht ändern. Das ist auch eine Folge der knapper werdenden Mitteln. Es werden nur noch 40 % der DFG-Anträge überhaupt positiv bewilligt. Das heißt nicht, daß man jetzt das Ergebnis schon vorlegen muß, das ist Unfug. Aber man muß, wenn man einen Antrag, 30 Seiten sind das so in der Regel, der sehr genau den Forschungsstand, die Zielsetzung, die Quellenlage, die Implikationen und Hypothesen darstellen muß, erarbeiten will, Monate daran arbeiten. Das kann man kritisieren, aber es ist schwer zu ändern.

Der letzte Punkt, der noch angesprochen wurde, ist die Umsetzung in Schulbüchern und Universitäten. Ich habe selber eine Erfahrung gemacht, weil ich an einem Schulbuch mitgeschrieben habe und auch den DDR-Teil geschrieben hatte, der wurde dann nach der Wende 1990, ohne mich zu fragen, radikal gekürzt. Die 50er und 60er Jahren waren nur noch ein paar Zeilen, und dafür wurde dann ein riesiger Anhang über die Stasi und die Zeit nach 1990 drangehängt. Da bin ich ausgestiegen aus dem Unternehmen, weil ich gesagt habe, solch ein DDR-Bild will ich nicht vermitteln, daß alles in der Stasi aufgehen läßt. Ich hoffe, das hat sich inzwischen ein bißchen geändert. Ich habe aber keine genaueren Informationen, wie die Bilanz einer Schulbuchanalyse aussehen könnte. Da muß man natürlich immer berücksichtigen, daß erst mit erheblicher Verzögerung wirklich solide, auch didaktische solide Konzepte, in Schulbüchern Einklang finden. Also so aktualisierte Anhänge, die haben sicherlich viele Schulbücher.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank. Manfred Wilke bitte.

Prof. Dr. Manfred Wilke: Zu Markus Meckel. Herausforderung für Forschung und Bildung. Ich will in einem Punkt eine Gegenposition zu Herrn Kleßmanns Betonung der DDR-Geschichte formulieren, die vielleicht, wenn man die Erkenntnisinteressen einmal abgleicht, gar nicht so gegensätzlich ist. Ich halte natürlich nichts davon den Perspektivwechsel, der 1989 eingetreten ist, zu ignorieren und will das mit einem Satz von Robert Havemann demonstrieren. Er stammt von 1978. Damals sagte Robert Havemann: „Ich denke ja gar nicht daran, die DDR zu verlassen, wo man wirklich auf Schritt und Tritt beobachten kann, wie das Regime allen Kredit verliert und schon verloren hat und es eigentlich nur noch weniger äußerer Anstöße und Ereignisse bedarf, um das Politbüro zum Teufel zu jagen.“ Formuliert in Havemanns „Hausarrest“ und publiziert in dem von mir herausgegebenen Buch „Robert Havemann, ein deutscher Kommunist“. Ich mußte damals mit dem Rowohlt-Verlag streiten, daß dieser Satz überhaupt gedruckt wird. Wohlmeinende Verlagslektoren waren der Meinung, Havemann mit seiner isolierten Weltsicht ist realitätsblind geworden, wir müssen ihn schützen, diesen Satz darf man nicht veröffentlichen. Er wurde veröffentlicht und 1989 war dieser vergessene Satz natürlich eine Prognose. Das ist aber ein Bedeutungswandel. Wie gesagt, deswegen beharre ich auf die Unterschiede. Ich halte daran fest, die deutsche Vereinigung setzt eine Rückgewinnung von Nationalgeschichte voraus, zu der die der Teilung gehört. Ich bin mit Herrn Kleßmann einig, wir können nicht so einfach zurückkehren zu einer Nationalgeschichte in der Tradition der deutschen Historiographie des 19. Jahrhunderts. Ich habe in meinen Ausführungen ausdrücklich betont: Es geht um Deutschland in der bipolaren Welt. 1945 bedeutete das zunächst das Ende deutscher Staatlichkeit und die Deutschen wurden von den großenwahn sinnigen Herrenmenschen Europas plötzlich zu den Objekten der Siegermächte. Die Fragen, welche Bedeutung die kulturellen Einflüsse der Westbindung oder der Sowjetisierung, auf die deutschen Gesellschaften hatten, ihnen haben wir uns noch nicht wirklich gestellt. Ich glaube, hier liegt die Verbindung, in der das Eigene jeder Teilgesellschaft berücksichtigt werden muß, ebenso wie die Einbindung in die bipolaren Blocksysteme, wie die Problematik der Behauptung und der Entwicklung der beiden Staaten und Gesellschaften in ihrem wechselseitigen Bezug. Diesen gemeinsamen deutschen Blick auf die Teilungsgeschichte halte ich für absolut notwendig.

Zu Ilko-Sascha Kowalczuk: Die Sache mit dem Neuen Kurs von 1953. Eine ganz einfache Geschichte. Ich hatte für mein Manuskript eigentlich eine Vorgabe von 10 Minuten. Der Neue Kurs ist nur den Ungarn und der DDR verordnet worden. Eine der entscheidenden Fragen, die noch zu klären ist: warum? Es kann sein, daß es mit dem Status von besetzten Feindstaaten zu tun hatte. Es kann auch sein, daß durch die Ereignisse des 17. Juni die sowjetische Konzeption durchkreuzt wurde, plötzlich standen andere Probleme vor der Besatzungsmacht. Das wissen wir alles nicht. Das wissen auch die Ungarn nicht. Die Problematik der Reform von oben beinhaltete in der Umsetzung des neuen

Kurses eine Führungskrise innerhalb der SED und sie war konfrontiert mit einer plötzlichen Reaktion, die mit dem Loslassen der Repressionsschraube, der Unsicherheit der Führung zusammenhängt, die zum 17. Juni führt, worüber Armin Mitter geschrieben hat. Das Problem ist, das müssen wir klären, welche Rolle spielt der Tod von Stalin? Kurzum, die geplante Reform von oben mündete, in der DDR im 17. Juni, der wiederum das Vorbild darstellt für die sowjetischen Reaktionen in Ungarn 1956, als es um die Aufstandsniederschlagung ging. Auch hier zeigen sich, wenn Du empirisch an die Geschichten herangehst, plötzlich Zusammenhänge, die beiden Seiten so gar nicht bewußt sind. Aber ich bin ja von Hermann Weber aufgefordert worden, vor allen Dingen auch noch einmal etwas über unsere Finanzierung zu sagen. Grundsätzlich kann ich mich Herrn Kleßmann nur anschließen. Wir haben eine befristete Finanzierung von drei Stellen an der FU, zwei davon sind verlängert. Ich bin für die Forschung von meinen Lehrverpflichtungen an der FHW befristet freigestellt. Das endet alles irgendwann in der nächsten Zeit, so daß also die Frage, wie das mit dem Forschungsverbund weitergeht, ähnlich offen ist wie bei Herrn Kleßmann. Wir müssen Anträge schreiben und wir müssen die Mittel für unsere Forschung einwerben. Aber eine der Voraussetzungen dafür ist die positive Evaluierung des Forschungsverbundes, die der Präsident der FU bei unserer Gründung angekündigt hat und die mittlerweile erfolgt ist.

Noch eine Antwort, bezogen auf die Verbindung von Aufarbeitungsinitiativen mit akademischer Forschung im Forschungsverband: Das Projekt über die unterdrückte Bildende Kunst ist eines, das von Künstlern, die ihre Stasiakten eingesehen haben, zu ihnen gehörten Bärbel Bohley/Roger Shvais, initiiert wurde, und die gesagt haben, wir kommen jetzt durch unsere eigene Arbeit nicht mehr dazu, das Material wirklich zu verwerten und aufzuarbeiten. Es zeigten sich auch die Grenzen der Stasiakten, denn wenn es um bildende Kunst ging, war die Stasi die eine Seite, aber die Vorgaben und die Entscheidung der SED die andere. So daß also hier eine Kooperation stattgefunden hat. Wir haben von Anfang an mit der ASTAK z. B. in der politischen Bildung zusammengearbeitet und auch mit anderen Aufarbeitungsinitiativen. Und insofern sehen wir das als einen Prozeß der Kooperation, in dem die Arbeitsteilung immer wieder neu, immer wieder geklärt werden muß. Bei vielen Aufarbeitungsinitiativen geht es ja auch darum, daß das, was sie vor allem auch erhoben und dokumentiert haben, umgesetzt werden soll in politische Bildung und da bin ich der Meinung, dies muß ein Prozeß sein, in den unsere Forschungsergebnisse einbezogen werden müssen. Das geschieht aber auch.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Manfred Wilke. Günther Heydemann.

Prof. Dr. Günther Heydemann: Ich möchte noch einmal etwas zu den Kritikern, die hier geäußert worden sind an die Adresse der westdeutschen Historiker, sagen. Zunächst muß ich sagen, mir gefällt schon der Begriff „westdeutsche Historiker“ nicht, weil ich nach wie vor der Auffassung bin, daß die vertrackte deutsche Geschichte nur von ost- und westdeutschen Historikern, nur

von Ost- und Westdeutschen überhaupt, gemeinsam aufgearbeitet werden kann. Dann möchte ich etwas von unserer Situation vor 1989 sagen, weil ich glaube, daß nicht richtig dargestellt worden ist, wie das wirklich war. Wir waren in der Tat meist eine isolierte Gruppe von DDR-Forschern, vor allem in den 70er Jahren noch, die sich erst einmal durchsetzen und sich Anerkennung verschaffen mußte bei der Etabliertenzunft, warum man sich mit so etwas überhaupt auseinandersetzt wie ML oder DDR, SBZ usw. Ich bin sehr dankbar, daß ich aus einer Universität und einem Institut in Erlangen gekommen bin, das es heute nicht mehr gibt, das diese Dinge auch gemacht hat. Das bedeutete gleichzeitig auch, daß man sich immer nur mit sekundären Quellen auseinandersetzen konnte. Wir haben uns die Augen wund gelesen an der ZfG, an der BzG und anderen Dingen. Wir haben genau gewußt, daß das nur eine Sekundärquelle ist und haben natürlich dann auch nur unsere Analysen entsprechend schreiben können. Wenn Sie jetzt hergehen und uns nachweisen, daß wir da und dort Fehler gemacht haben oder eine falsche Brille aufgehakt haben, ist das natürlich leicht, und ich kann dieser Kritik nur zustimmen, nur fair ist sie nicht.

Nächster Punkt. Es ist gesagt worden, es gibt keine Lehre und Forschung zur Opposition oder zur DDR-Geschichte. Falsch. Schauen Sie sich das Leipziger Vorlesungsverzeichnis an, mindestens 60 % befaßt sich damit. Dieser Vorwurf kann auch nicht weiter aufrecht erhalten werden, was die Forschung an sich angeht. Ich habe bewußt darauf verzichtet, in diesem round table Projekte zu nennen, weil es mir um die Perspektiven der weiteren DDR-Forschung innerhalb dieser 10 Minuten Redezeit ging. Aber wir haben drei Projekte laufen zur Oppositionsbewegung und zu verschiedenen Verflechtungen, die jetzt vor dem Abschluß stehen. Es ist auch nicht so, daß wir keine Zusammenarbeit mit den Gruppen haben. Wir arbeiten sehr eng zusammen, mit dem Haus der Geschichte beispielsweise. Aber ich kann auf die Erfahrung verweisen, die Kleßmann gerade genannt hat, es gibt da auch durchaus Schwierigkeiten. Ich muß die nicht weiter ausführen. Die wollen ihre Dinge nicht so ohne weiteres aus der Hand geben. Manchmal habe ich auch den Eindruck, sie wollen überhaupt nicht, daß westdeutsche Historiker da rangehen. So kann es auch nicht bleiben. Wir führen z. B. jetzt, Ende Januar 1998, an der Universität Leipzig eine große Konferenz durch, von der VW-Stiftung finanziert, die zum ersten Mal vergleichende Wendeforschung vornimmt und aus allen fünf neuen Bundesländern zusammenbringt, was es gerade an abgeschlossenen und noch laufenden Projekten zur Gruppen- und Oppositionsarbeit gibt. Es ist übrigens auch im Deutschland-Archiv veröffentlicht worden. Es konnte jeder daran teilnehmen, also auch das ist nicht richtig.

Dann gibt es noch einen weiteren Punkt. Ich bin als Professor nicht nur für SBZ-DDR-Geschichte allein zuständig. Ich habe auch noch eine Aufgabe, forschungs- und lehremäßig für meine Studenten z. B. die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts zu behandeln. Das kostet Zeit. Man kann das nicht einfach vom Tisch wischen und sagen, so Ihr sitzt da oben, Ihr seid Establishment und Ihr tut nichts. Genau das Gegenteil ist der Fall, nur haben wir auch eine

Reihe von anderen Aufgaben gemeinsam zu bewältigen, die sehr zeitintensiv sind.

Damit komme ich zum zweiten großen Punkt. Das ist die Frage der Finanzen. Wir haben in den letzten drei Jahren, das ist jedenfalls meine Erfahrung in Sachsen, einen graduellen Prozeß der Verschlechterung der Finanzen. Das bedeutet wiederum, daß Sie heutzutage extrem ausgefeilte Forschungsprojekte formulieren müssen, um überhaupt unter die 40 % zu geraten, die vielleicht eine Chance haben, genehmigt zu werden. Das ist der aktuelle Stand der Dinge. Wir haben einen, wenn Sie so wollen, Projekt-Wahnsinn, aber dieser Wahnsinn hat Methode, wenn Sie nicht so gut wie möglich diese Projekte formulieren, haben Sie auch keine Chance, das Geld zu kriegen. Wie sollen wir es sonst machen? Sollen wir zwei Blätter abgeben? Das ist die Realität des täglichen Umgangs mit diesen Dingen.

Nächster Punkt. Ich persönlich sehe eine besondere Herausforderung wissenschaftlich, was die SBZ-DDR-Forscher angeht, in der empirischen Ausreizung dieses Diktaturvergleichs, bei dem wir nach wie vor immer noch an den Anfängen stehen. Es kann aber auch nicht so weiter gehen, daß wir praktisch nur rote Ampeln aufstellen und sagen, das ist alles so schwierig, das ist alles nicht machbar, wir machen das nicht. Es läßt sich machen, man muß es nur sehr genau überlegen. Es muß auch nicht unbedingt heißen, daß man ganz frech von der Leber weg sagt, ich vergleiche jetzt NS-Jugendpolitik und die SED-Jugendpolitik, um zwei kompatible Forschungsgebiete zu haben, sondern man kann z. B. auch und sagen: Wir haben einen großen Betrieb, der hat eine enorme Bedeutung in der NS-Zeit in einem bestimmten Großraum und der hat die gleiche Bedeutung auch in der SED-Zeit. Da gibt es Kontinuitäten, aus denen man zum Teil sogar deduktiv Kriterien ableiten kann, wie sich einerseits die Belegschaft verhalten hat oder andererseits die Betriebsleitung. Und ich meine, das ist ganz normale vernünftige und überlegte empirische Forschung, das braucht aber Zeit. Das sind ein paar Jahre, die da mit umgesetzt werden müssen und es wird immer schwieriger Leute zu finden, junge Leute vor allem, die das machen, weil sie genau wissen, daß sie lange Zeit brauchen, um überhaupt das Geld dafür zu bekommen und daß sie dann, wenn sie es gut abgeschlossen haben, letzten Endes wieder in ein berufliches Loch fallen, weil die Chancen, an den Universitäten weiterzukommen, gegenwärtig gleich Null sind. Das ist die aktuelle Situation des Nachwuchses bei uns.

Letzter Punkt: Die gesellschaftspolitische Umsetzung. Sie ist nach wie vor schwierig, sie ist auch nicht befriedigend. Denken Sie an die Wehrmachtsausstellung. Wer die NS-Zeit wirklich einigermaßen forschungsmäßig gut kennt, dem war das nichts Neues mehr. Aber die Bevölkerung, die Öffentlichkeit braucht verständlicherweise länger dazu, zu solchen Erkenntnissen zu gelangen. Wir haben ein ähnliches Problem, vielleicht nicht ganz so stark, bei der Umsetzung der Ergebnisse zur SBZ-DDR-Forschung. Ich bin froh, wenn mir jemand sagen kann, wie wir es besser machen könnten. Aber es ist auch so, wir haben natürlich ein begriffliches Instrumentarium, das durchaus gewisse her-

metische Tendenzen hat, das nicht jeder lesen will, das zu kompliziert ist, und dadurch wird das Ganze sperrig für den leichten Zugang. Das ist unser Problem. Jeder denkt, er kann bei Zeitgeschichte ohne weiteres mitreden, weil er es miterlebt hat. So ist es aber nicht! Diese Dinge muß man bitte auch einmal zur Kenntnis nehmen und nicht immer über die westdeutschen Historiker herziehen, die angeblich die Forschung bestimmen. So ist es nicht.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Herr Heydemann. Meine Damen und Herren. Wir haben nach dem offiziellen Zeitplan jetzt noch 12 Minuten. Die großzügige Zeiteinteilung des Vorsitzenden ermöglicht uns, noch 17 Minuten zu diskutieren. Es sind vier Mitglieder der Enquete-Kommission noch auf der Rednerliste. Falls sich kein vehementer Widerspruch erhebt, möchte ich damit abschließen und Sie darauf hinweisen, daß, wenn Sie auf Ihre Fragen zureichend Antwort erwarten wollen, sie dann auch tunlichst knapp formulieren sollten.

Als nächster Herr Fricke, bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich werde mich kurz fassen. Ich habe gleichwohl eine Anmerkung, eine Mitteilung und eine Frage. Zunächst also die Anmerkung. Ich gehöre ja nicht gerade zu den Hätschelkindern der etablierten DDR-Forschung, aber ich möchte doch Hermann Weber in der Grundtendenz zustimmen, daß nämlich die DDR-Forschung besser war als ihr Ruf. Vieles von dem, was in den 50er, 60er und 70er Jahren, auch in den 80er Jahren erarbeitet wurde, hat auch heute, im Lichte der Zugänge in den Archiven, durchaus Bestand. Bei manchen hat sich natürlich eine Präzisierung ergeben, das ist klar. Aber so ganz grundsätzlich falsch war die DDR-Forschung in vieler Hinsicht nicht. Auch die Quellenlage war nicht so gut, wie man sie sich gewünscht hat, aber auch nicht so schlecht, daß man bestimmte Themen hätte aussparen müssen. Ich habe manchmal den Eindruck gehabt, daß der Rückgriff auf die schlechte Quellenlage mehr als politisches Alibi dienen sollte, sich mit einem bestimmten Thema nicht zu beschäftigen.

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Natürlich hat die DDR-Forschung auch erhebliche Defizite gehabt, die aber nach meinen Dafürhalten aus der Nähe der Politik zu erklären sind. Da hat Herr Kowalczuk völlig Recht. Vieles wurde wissenschaftlich einfach nicht thematisiert, weil es politisch unerwünscht war. Das sage ich ganz offen. Ich könnte da ganz konkrete Beispiele auch aus meiner eigenen Erfahrung anführen und belegen, wie Wissenschaftler mit der Politik kooperiert haben, um bestimmte Publikationsvorhaben zu verzögern oder gar zu unterbinden. Wobei ich nicht immer nur ein negatives Motiv unterstelle. Viele Wissenschaftler haben sich natürlich manchmal von der Besorgnis leiten lassen, daß sie tatsächlich durch kritische Forschung über die DDR die damals ja auch im Interesse humanitärer Erleichterungen angestrebte Entspannungspolitik zu stören. Das ist ein durchaus erwägenswertes Motiv und ein ehrenhaftes dazu.

Die Mitteilung: Hermann Weber hat heute nachmittag in seinem Referat von dem Archiv des BND gesprochen, wann sich das nun einmal öffnet. Ich darf hier mitteilen, und ich bin befugt es zu tun, ich habe am 24. November ein ausführliches Gespräch in Pullach in der Zentrale des BND geführt, mit dem Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Hans Jörg Geiger, mit dem Ergebnis, daß vorbehaltlich der Zustimmung des Kanzleramtes, mit der aber wohl zu rechnen ist, wir, die Historikerkunft, Zugriff auf Akten bekommen wird, bis zum Jahre 1956. Also von 1945 bis 1956. Ich betrachte das als einen ersten Schritt zur Öffnung des Archivs des BND. Jetzt wird also, vor allen Dingen auch im Zusammenwirken mit dem Hannah-Ahrend-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, überlegt, welchen Modus wir finden, um den Zugang zu ermöglichen. Es wird also nun nicht so sein, daß in Pullach ein Lesesaal eröffnet wird, aber es wird möglicherweise ein Modus gefunden werden im Zusammenwirken mit dem Bundesarchiv in Koblenz.

Drittens meine Frage: Herr Heydemann hat ja vorhin ganz kurz das Stichwort „vergleichende Diktaturforschung“ in die Debatte geworfen. Meine Frage an alle hier vertretenen Wissenschaftler überhaupt: Wie setzen Sie den Stellenwert der wissenschaftlichen Diktatur-Vergleichsforschung in Ihrer Arbeit an und können sich in diesem Zusammenhang eine konkrete Kooperation mit der Forschungsstelle Deutscher Widerstand in Berlin vorstellen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Herr Fricke. Stephan Hilsberg bitte.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Angesichts der Debatte, die wir erlebt haben oder erleben über die Betrachtung oder Bewertung der DDR-Forschung vor der Wende und auch angesichts der Auseinandersetzungen, die ja nun weitergehen, wünschte ich mir eigentlich, die Forschung über die DDR-Geschichte würde komplettiert mit einer Darstellung über die Forschung zur DDR-Geschichte. Über die DDR-Forschung selbst wie sie in der Zeit der alten Bundesrepublik ab den 60er Jahren stattgefunden hat.

(Zwischenrufe...)

Na ja, ausgetragen sind die Sachen alle nicht und geklärt ist das auch nicht. Dem frommen Wunsch, die Aufarbeitungsinitiativen und die sogenannte etablierte Forschung mögen aufeinander zugehen, da fehlt mir der Glaube, daß das realisiert werden kann. Ich glaube, der Weg, den wir hier eingeschlagen haben, als Enquete-Kommission für eine Stiftung zu sorgen, die sich um diese Initiativen kümmert, ist der richtige. Ich glaube nämlich auch nicht, Herr Kleßmann, Prof. Heydemann, daß es in erster Linie persönliche Gründe sind, die dazu führen, daß hier gewisse Voreingenommenheiten bei den Aufarbeitungsinitiativen zu beobachten sind. Ich glaube, die Ursachen gehen tiefer. Es geht vermutlich darum, daß sie ihre Unterlagen und Dokumente nicht zur Verfügung stellen wollen, wenn sie den Verdacht haben, sie könnten zu einer Bewertung benutzt werden, der sie nicht zustimmen. Es ist eine inhaltliche Diskussion, die an dieser Stelle zu führen ist.

(Zwischenrufe...)

Eine Anmerkung zu Manfred Wilke. Einiges an den Formulierungen im ersten Teil Deiner Ausführung hat mich ein bißchen gestört. An einer Stelle will ich es einmal deutlich machen. Du kommst nämlich darauf zu sprechen: „Die Forderung nach Akteneinsicht drückte das Verlangen nach gesellschaftlicher Selbstbefreiung von Mißtrauen, Lüge und Ungewißheit aus. Die Wahrheit über die Diktatur war das Angebot der Opfer an die Täter zu einem versöhnenden Neuanfang“. Das ist Unsinn! Das war nie der Grund für die Öffnung der Akten. Die Öffnung der Akten hatte einzig und allein den Grund, ein Stück mehr Gewißheit über das zu bekommen, was einem als Betroffener einer Diktatur an konspirativer Machtausübung begegnet war. Aufklärung zu bekommen über die Biographie, um sich mehr erklären zu können als vorher. Das mußte automatisch zu den heftigsten Auseinandersetzungen mit der anderen Seite führen, über die wir uns seinerzeit im Klaren waren. Diese Auseinandersetzungen waren ja schon Teil der Frage, ob wir denn die Akten überhaupt öffnen sollten. Die Frage der Versöhnung usw. spielte auch immer eine gewisse Rolle, das halte ich sowieso eher für ein theologisches Thema als für ein politisches. Die Frage, ob sich etwas Versöhnendes aus der Geschichtsbetrachtung gestaltet, ist eher sekundärer Natur.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Stephan Hilsberg. Peter Maser bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich möchte noch einmal auf die Frage nach den Schulbüchern zurückkommen, die Hermann Weber gestellt hat. Es sind ungefähr 60 bis 70 Bücher zu Sozialkunde und Politik. Der Gesamteindruck ist ein ziemlich trauriger, weil man in vielen Fällen den Eindruck gewinnt, da ist guter Wille da, aber es ist eben in vielen Fällen einfach nur Bastelarbeit, die man da vorfindet. Nun kann ich hier kein Referat über die Ergebnisse einer solchen Durchsicht von Schulbüchern halten. Aber meine Frage ist die: Wenn wir hier über DDR-Forschung und die verschiedenen Probleme diskutieren, ist überhaupt schon irgendwo am Horizont eine Vernetzung von dem vorhanden, was da an Forschung auf den verschiedensten Gebieten stattfindet, und an Problembeschreibung auch an die Leute herangetragen worden, die Schulbücher schreiben? Herr Kleßmann hat gesagt, „man mußte sich bemühen“. Ich würde gerne wissen, gibt es da schon Vorstellungen oder gibt es möglicherweise Erfahrungen, wie akademische Forschung die Arbeit der Initiativen und Aufarbeitungsgruppen verwerten kann? Ich glaube nicht, daß es von den zufälligen Sammlungen einzelner Schulbuchautoren abhängt, was in den einzelnen Schulbüchern steht, sondern ich könnte mir vorstellen, daß z. B. die Bundeszentrale für politische Bildung tatsächlich so etwas einmal zustande bringt in absehbarer Zeit. Wenn man einmal die Namen der Autoren auflistet, kommt man auf vielleicht 60 bis 80 Namen. Das sind die Leute, die da in verschiedenen Zusammensetzungen immer wieder auftauchen. Aber es wäre doch einmal wichtig, daß gerade in diesem Bereich, in dem die Dinge sich jetzt allmählich verdichten, das Gespräch gemeinsam geführt wird. Wenn man nämlich ver-

gleich, was in den gleichen Schulbüchern von den gleichen Autoren zur NS-Zeit zu lesen ist, dann gewinnt man zwangsläufig den Eindruck, daß dort das Gespräch stattgefunden hat, auch wenn es nachher natürlich noch didaktisch umgesetzt werden muß. Und wenn man dann bestimmte Profile feststellt, dann wird man sagen, das sind also bewußte Entscheidungen der Autoren, die Dinge so zu fassen. Aber das sehe ich im Bereich DDR noch nicht. Ich wäre interessiert an einer Antwort auf die Frage: Gibt es schon so etwas? Hat es schon so etwas gegeben? Oder sehen Sie prinzipiell die Möglichkeit, so etwas einmal in absehbarer Zeit doch auf Kiel zu legen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Siegfried Vergin als letzter.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Ich werde jetzt natürlich verleitet, etwas über Schulbuchzulassungsverfahren zu sagen. Notwendig ist vielleicht der Hinweis der Kommission an die Kultusministerkonferenz, sich um dieses Problem zu kümmern und in ihren Ländern die entsprechenden Revisionsverfahren einzuleiten.

Meine Frage fällt wahrscheinlich etwas aus dem Rahmen, aber ich stelle sie trotzdem. Der Herr Brunner hat in seinen Ausführungen heute ja bedauert, daß im Bereich der Justizaufarbeitung noch sehr viel weiße Flecken, wahrscheinlich noch mehr weiße als schwarze, da sind. Wenn wir die Diskussion sehen, die im Augenblick aus anderem Anlaß über die Bundeswehr läuft, dann stellen wir ja fest, daß es auch im Bereich der Aufarbeitung der NS-Wehrmachtsgeschichte einen erheblichen Nachholbedarf gibt. Ich frage jetzt Sie, Herr Prof. Kleßmann und Herr Prof. Heydemann: Erklären Sie diese Gleichzeitigkeit dieses Phänomens eventuell mit gleichen Gründen? Oder ist das zu uninteressant? Oder liegt es daran, daß die Militärgeschichte bisher von den eigenen Institutionen der Bundeswehr aufgearbeitet wurde bzw. nicht aufgearbeitet wurde? Dasselbe gilt ja wohl für die Militärgerichtsbarkeit. Dort haben wir einen erheblichen Nachholbedarf. Mich interessieren die Phänomene dabei. Auf der anderen Seite stellt die Politik, das ist gestern im Bundestag geschehen, fest, daß der Transformationsprozeß an keiner Stelle so gut gelaufen ist wie bei der Bundeswehr. Was immer das auch ist. Jedenfalls wird es festgestellt. Ich habe den Kampf gegen Helmut Schmidt mit seiner Bundeswehrakademie und mit seiner Hochschule noch gut in meinen Knochen. Ich frage deswegen noch einmal, ob dort eventuell Wurzeln darin liegen, daß die eigenen Institutionen für ihre eigene Geschichte nur zuständig sind und daß die freie Forschung als solche für diesen Bereich fehlt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank. Die Schlußrunde beginnt mit Günther Heydemann.

Prof. Dr. Günther Heydemann: Ich gehe auf die letzte Frage gleich ein. Es hat sicherlich etwas damit zu tun, daß in Deutschland die Militärgeschichtsforschung institutionell betrieben wird und daß damit die universitäre Forschung relativ wenig Anlaß hat, sich daran zu beteiligen. Das ist sicherlich ein Nach-

teil, das kann man auch so sehen. Auf der anderen Seite gehen wir natürlich nicht ganz unbelastet an die Militärgeschichte heran, gerade als Deutsche. Wir sehen im angloamerikanischen Raum, das als Vergleich, keine ähnlich belastete Einstellung.

Ich komme gerade aus den USA und habe das dort noch einmal zu meinem Erstaunen feststellen können. Insofern ist die Anbindung zwischen der universitären Forschung und der schon seit langem etablierten Militärgeschichtsforschung, wie sie in Freiburg und jetzt in Potsdam stattfindet, relativ schwach. Man muß aber auch hinzufügen, daß das, was die Militärgeschichtsschreibung in Westdeutschland gemacht hat, auf einem sehr hohen, auch sozialgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Niveau stattfindet und viel besser ist als das, was z. B. die Amerikaner immer noch machen und auch andere. Insofern besteht auch von dieser Seite her kein stärkerer Anlaß, daß man da ohne weiteres herangeht. Ich persönlich muß sagen, ich bin Pazifist und ich möchte mich damit nicht besonders auseinandersetzen; diesen Idealismus leiste ich mir. Aber das ist eine ganz persönliche Entscheidung.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Aber wäre es, gerade wenn ein Mann wie Sie darangeht, nicht vielleicht schon möglich gewesen, die in der Tradition stehenden Namen der Kasernen beispielsweise historisch besser zu beleuchten?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Siegfried, mit Blick auf die Uhr möchte ich darum bitten, hier keine Dialoge zu führen.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Herr Vorsitzender, ich bin Parlamentarier.

(Heiterkeit)

Gesprächsleiter Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Die kann man auch disziplinieren!

Prof. Dr. Manfred Wilke: Zu dem letzten Punkt möchte ich auch etwas sagen. Mein Lehrer und Freund Theo Pirker hat einmal versucht, in der deutschen Soziologie auch die Militärsoziologie zu fördern. Das ist ihm beileibe nicht gelungen. Das hat natürlich u. a. etwas mit der deutschen Militärgeschichte zu tun. Nach dieser Vorgeschichte ist es ja auch in dieser Kommission so gewesen. Wenn ich Markus Meckel noch einmal an seine Rede über die NVA erinnern darf: „die war nicht so wichtig, die braucht man nicht untersuchen.“ Die Vernachlässigung dieser Geschichte hat schon ihre Tradition und vielleicht erinnern sich Politik und Wissenschaft einmal daran, daß das Militär zu den konstitutiven Bestandteilen eines souveränen Staates gehört.

(Zwischenruf Abg. Markus Meckel)

An mich sind zwei Fragen gestellt worden. Zunächst die von Stephan Hilsberg, die mir auch noch die Möglichkeit gibt, auf einen anderen Punkt hinzuweisen. Im Forschungsverbund ist uns aufgefallen, daß die sozialwissenschaftliche Transformationsforschung vielfach nach 1989 ahistorisch betrieben wurde. Die Verbindung von dem, was vor 1989 in der DDR war und danach,

ist in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Transformationsforschung somit sträflich vernachlässigt worden, das muß wenigstens angemerkt werden.

Die Frage von Dir, lieber Stephan Hilsberg, ob ich mich da geirrt habe. Ich bin nicht der Meinung, daß ich mich geirrt habe. Ich glaube, daß dieser Verweis auf das, was Biermann in seinem Konzert gesungen hat, gerade von ihm eine Geste war, mit der er sagte: „na gut!“ Ich kann auch Katja Havemann zitieren: „Wir waren doch alle verstrickt irgendwie, und jetzt ist das zum Glück vorbei, jetzt wollen wir nach vorn schauen, wir wollen keine Rache, wir wollen keine Abrechnung.“ Mit dem Einigungsvertrag wurde bis auf die MfS-Leute, die Grenztruppen und die Parteisekretäre im Prinzip den gesamten Staatsapparat der DDR übernommen. Das war doch eine ausgestreckte Hand. Warum denn die Evaluierung der ganzen Universitäten und des Wissenschaftsbetriebs, wenn die neue Bundesrepublik nicht Menschen übernehmen wollte?

Nach 1945 hat es natürlich eine Abrechnung gegeben, und da wurden auch Verantwortliche an die Wand gestellt, verurteilt oder abgesetzt. Das hat es alles in der DDR in dieser Form nicht gegeben. Das war in dem Prozeß von 1989/90 aus meiner Sicht auch gar nicht möglich. Aber dieser Punkt, daß diese Akteneinsicht auch eine Voraussetzung für einen versöhnenden Schritt in der Gesellschaft war, nach all den Jahren der Diktatur. Was Du über die Demokratiesicherung gesagt hast, da sind wir uns ja einig. Aber nach der Aktenöffnung kam doch erst die Schärfe in die ganze Auseinandersetzung, als wir mit den frechen Rechtfertigungen konfrontiert wurden. Neubert hat vollkommen Recht, der Fall Stolpe war eine gravierende Zäsur in dieser Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und der Ausgangspunkt für eine auch geschichtspolitische Auseinandersetzung.

Letzter Punkt: Karl Wilhelm Fricke, natürlich ist der Diktaturenvergleich gerade in Deutschland angebracht. Es liegen ja auch schon Ergebnisse vor, um noch einmal an die Freie Universität zu erinnern. Richard Löwenthal hat eine wichtige Unterscheidung getroffen, die meiner Meinung nach für die Beurteilung der beiden deutschen Diktaturen fundamental bleiben wird. Er hat zwischen den bodenständigen Diktaturen wie der der Nationalsozialisten unterschieden und den Satellitenregimen, wie sie nach 1945 die Sowjets in der SBZ installiert haben. Diesen Unterschied in der Qualität der Diktaturen gilt es zu beachten und ansonsten ist es für uns keine Frage, daß man natürlich immer dort, wo es möglich ist, in dieser Frage zusammenarbeiten sollte. Aber der deutsche Diktaturenvergleich setzt die Erforschung der SED-Diktatur voraus.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Herr Kleßmann bitte.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Kurz zu Herrn Fricke. Meine Präferenz würde, das habe ich vorhin angedeutet, dem synchronen und nicht dem diachronen Vergleich gelten. Das schließt natürlich nicht aus, daß man in genau umgrenzten Themenbereichen auch solche Vergleiche zwischen SED-Diktatur und NS-Diktatur macht und in dem Zusammenhang natürlich auch mit der Forschungs-

stelle Widerstand in Berlin zusammenarbeitet. Das tun wir ohnehin. Ich würde kritisch zugestehen, daß zwischen dem Wunsch und der Realisierung einige Lücken klaffen. Das hat auch einfach mit forschungsorganisatorischen Problemen zu tun.

Zum Punkt von Herrn Maser würde ich zwei Dinge sagen. Einmal, was die Vernetzung anbelangt und die Möglichkeiten, Leute zusammenzuholen. Also die KMK hat sich mit Problemen der deutschen Frage im Unterricht beschäftigt und sich hoffnungslos zerstritten. Dahinter steckt ein großes Problem, was Ost und West betrifft: Daß nämlich die ostdeutsche Perspektive und die westdeutsche Perspektive, die da offensichtlich hauptsächlich eingeflossen ist, erheblich auseinanderfallen. Darüber muß man sich erst einmal verständigen. Es steckt eine Menge Sprengstoff in dem Problem. Ich würde konkret eine Möglichkeit vorschlagen. Ich habe selber, als ich Mitarbeiter des Ostkollegs war Ende der 60er Jahre in Köln, gelegentlich bei Schulbuchautorentagungen mitgemacht. Das war etwas anderes als die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz. Da kamen Leute, die zu bestimmten Themen Schulbücher produzieren. So etwas sollte man vielleicht auch einmal von der Enquete-Kommission anregen. Das wäre eine konkrete Möglichkeit. Man sollte sich vielleicht nicht zu viel davon versprechen, aber das ist realisierbar.

Zum letzten Punkt. Da bin ich etwas anderer Meinung als Herr Heydemann. Die Wehrmachtsverbrechen sind seit langem intensiv erforscht worden. Und zwar gerade von Institutionen, die dem Verteidigungsministerium unterstehen, z. B. dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Die haben die besten Darstellungen veröffentlicht. Es gibt eine riesige 10-bändige Geschichte des Deutschland im Zweiten Weltkrieg, davon sind sechs erschienen. Da finden Sie detailliert alles aufgelistet. Es gibt auch, gerade von Manfred Messerschmitt, Werke zur Gerichtsbarkeit, zum Weltkrieg von unten und zu anderen brisanten Themen.

Was die Möglichkeiten der Vermittlung unserer Forschungsergebnisse in eine breitere Öffentlichkeit anbetrifft und die Veränderung von historischem Bewußtsein: Sie können das gleiche Problem auch an dem Thema Holocaust dokumentieren. Die 50er, 60er Jahre über ist intensiv dazu geforscht worden. Der Film, mit problematischen Hollywoodmitteln, wie wir alle wissen, ist 1979 im Fernsehen gelaufen. Das war sozusagen der erste große Durchbruch, der wirklich auch breite Massen erreicht hat. Man kann dann trotzdem nicht daraus die Konsequenz ziehen, wir sollten uns jetzt auch alle auf dieses Niveau begeben. Das kann man als Wissenschaftler nicht machen. Aber ich möchte nur einmal darauf hinweisen, das ist wirklich ein ganz gravierendes Problem und das muß man sicherlich auch für die Vermittlung der DDR-Geschichte im Hinterkopf haben und sich da keine Illusionen machen, aber trotzdem daran weiterarbeiten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, als letzter Armin Mitter bitte.

Dr. Armin Mitter: Zunächst zu dem Punkt Öffentlichkeitswirksamkeit oder wie immer man ihn nennen soll. Also ich glaube, da gibt es schon ganz prinzipielle Unterschiede zwischen den 50er Jahren in der Bundesrepublik und den 90er Jahren jetzt in Gesamtdeutschland. Ich denke, daß beispielsweise, wenn ein ganzer Verlag ein Programm auflegt, was eindeutig auf DDR-Geschichte ausgerichtet ist, und davon gut leben kann, man einfach nicht davon sprechen kann, daß DDR-Geschichte nicht vermittelbar ist. Sie brauchen sich bloß die Zeitungen anschauen. Es stimmt einfach nicht, daß die Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte nicht im öffentlichen Bewußtsein ist. Man muß davon ausgehen, daß prinzipiell in einer Gesellschaft nur ein begrenzter Kreis ansprechbar ist. Der Punkt ist aber, glaube ich, daß gerade im Osten Deutschlands ein breites Interesse an dieser Auseinandersetzung besteht. Gehen Sie in die Provinz, gucken Sie sich eine Buchhandlung an, was da an politischer Literatur geboten wird. Da ist eine ganze Menge an DDR-Geschichtsdarstellung. Aus unterschiedlichen Perspektiven übrigens.

Zum Zweiten: Der Diktaturvergleich, den Herr Fricke angemahnt hat; ich glaube das ist ein ganz prinzipielles Problem, und zwar im Gegensatz zu den ehemaligen DDR-Archiven sind in den Archiven beispielsweise in Polen oder Rußland ganz andere Bedingungen. Ich spreche jetzt über staatliche Archive. Ich spreche nicht über Geheimdienste oder über politische Parteien und Massenorganisationen, die ja in diesen Ländern teilweise sogar überdauert haben und die natürlich, aufgrund der politischen Situation, überhaupt nicht bereit sind, ihre Archive zu öffnen. Ich würde, wie Herr Kleßmann, dafür plädieren, daß man einen Vergleich zwischen sozialistischen Ländern anstellt, um bestimmte Dinge herauszufinden. Aber eigentlich ist die empirische Basis für so einen Vergleich im Moment meines Erachtens sehr dünn.

Das letzte, was ich sagen möchte: Herr Heydemann, man kann mir manches vorwerfen, aber nicht, daß ich hier zwischen Ost- und Westdeutschen prinzipiell versuche, eine Mauer zu bauen! Dann schauen Sie sich bitte einmal die Bücher an, dann schauen Sie sich bitte einmal die Veranstaltungen an, die der Unabhängige Historikerverband macht. Von Anfang an, von der ersten Veranstaltung an, vom ersten Aufruf zu einer Bildungs-Forschungsstätte zur Erforschung der DDR-Geschichte, der an Hermann Weber und an Karl Wilhelm Fricke gerichtet war. Das war 1990 im Frühjahr. Ich habe versucht, zwischen akademischer Forschung und außerakademischer Forschung zu vermitteln. Das hat mit Ost-West sicherlich auch etwas zu tun. Aber das ich bewußt hier einen Gegensatz aufbauen will, und daß ich auch monopolisieren wollte oder mit meinen Ausführungen hier etwas reklamieren möchte dem widerspreche ich!

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, meine Damen und Herren. Die Zeit ist weit vorangeschritten. Als Wissenschaftstheoretiker wäre ich jetzt geneigt, eine Vorlesung anzuschließen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik und Wissenschaft zur Gesellschaft. Ich muß mir das ersparen, aber in jedem Falle darf ich Ihnen eines sagen: Für mich ist heute

deutlich geworden, daß die in Einzelfällen aufgezeigten Probleme letztlich etwas mit unserem eigenen Wissenschaftsverständnis zu tun haben. Nämlich mit dem, daß diese Wissenschaft, auch die Zeitgeschichtsforschung, nicht im Elfenbeinturm stecken bleiben darf, sondern sich öffnen muß, und zwar sowohl zu ihrer input-Seite, wo sie die Betroffenen ansprechen muß, als auch in der output-Seite; aber das zu erörtern, würde zu weit führen. Ich übergebe das Wort an den Vorsitzenden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, lieber Clemens Burrichter. Für mich ist es erstaunlicherweise heute ein Abend der Gefühle gewesen. Das habe ich bei der Themenstellung zunächst nicht angenommen, muß ich zugeben. Es ist mehrmals von „roten Ohren“ die Rede gewesen, da sind Leute offensichtlich über die Maße gelobt worden. Dann ging es sogar noch in glänzende Augen und offene Münder über, wenn ich an die Information denke, die unser Freund Karl Wilhelm Fricke aus München mitgebracht hat. Ich habe leider kein Fotoapparat dabei gehabt. Martin Gutzeit in dieser Situation zu fotografieren wäre köstlich gewesen. Von Mißverständnissen ist an der einen oder anderen Stelle offensichtlich auch die Rede gewesen. Ich hörte hier bloß noch so ein Murren, daß der Mensch sich so nicht verstanden fühlte, wie Du ihn offensichtlich verstanden hast. Ich habe heute Abend festgestellt, daß wir offensichtlich in einer zweiten Etappe von DDR-Forschung sind.

Zunächst ist das wohl mehr von außen betrieben worden. Jetzt wird in qualmender Geschichte in schöner Unterschiedlichkeit und Gemeinsamkeit gesucht und geforscht. Ich habe den Eindruck gehabt, das Ganze hat Spaß gemacht. Es macht auch Mühe. Ich fand es gut, daß Sie auch immer wieder über praktische Dinge geredet haben. Wie wird es umgesetzt, was wird dabei vorkommen in den Büchern für unsere Kinder und unsere Enkelkinder? Was hat dieses Leben in der DDR ausgemacht? Wird das in 50 Jahren nur noch mit drei oder vier Daten beschrieben werden oder ist das mehr, was da stehen bleibt und was erhalten bleibt? Und interessant waren auch noch einmal die Gefühle, so der Konflikt zwischen Herrn Kleßmann und Herrn Mitter. Meiner Meinung nach ist das aber nur ein Scheinkonflikt, weil sie beide Recht haben. Natürlich gibt es diejenigen, denen der Unterkiefer runterfällt, wenn sie das Wort „Diktatur“ hören in Beziehung auf die DDR und die sagen: „Um Gottes Willen“, aber natürlich gibt es auch die anderen. Vielleicht hängt es auch von der Fragestellung ab oder von der Art und Weise, wie Sie beide auf andere zutreten. Das meine ich, wenn ich sage, daß dieser Streit meiner Meinung nach eigentlich gar kein Streit ist. Ich wünsche uns allen eine gesegnete Adventszeit. Kommen Sie gut nach Hause, wir sehen uns im neuen Jahr wieder.

Ende der Sitzung: 21.30 Uhr